

Anlage 2

2008 über 61 Mio € Gew.-Steuer
2009 36.094.000 € "
d.h. - 25. Mio € in 1 Jahr

**Vorstellung des 1. Nachtragshaushalts 2010/2011 (einschließlich Stellenplan-
nachtrag) im Hauptausschuss am 04.10.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Februar diesen Jahres wurde der erste doppische Haushalt durch die Stadtver-
tretung beschlossen. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen weist dieser Doppel-
haushalt sowohl für die Planjahre 2010 und 2011 als auch für die mittelfristige Fi-
nanzplanung 2012 bis 2014 im Ergebnisplan Jahresüberschüsse aus und ist damit
ausgeglichen.

Ich habe diesen Haushalt, wie ich meine zu Recht, als guten Haushalt in schwierigen
Zeiten bezeichnet.

Bereits zum Zeitpunkt der Beratungen des Grundhaushaltes habe ich einen Nach-
tragshaushalt angekündigt; hierfür gab es mehrere Gründe:

- Das Rechnungsprüfungsamt hat in umfangreichen Prüfungsvermerken Kor-
rekturen in der Zuordnung von Ansätzen zu einzelnen Produkten oder Konten
gefordert. Es wurde zugesichert, diese baldmöglichst in einem Nachtrags-
haushalt zu realisieren. Obwohl eine Vielzahl von Anmerkungen des Rech-
nungsprüfungsamtes in dem jetzt vorliegenden Entwurf berücksichtigt sind, hat
das Rechnungsprüfungsamt Ihnen einen Prüfbericht vorgelegt; eine umfang-
reiche Stellungnahme hierzu habe ich auf die Tische verteilen lassen.
- Die sich aus der Eröffnungsbilanz ergebenden Ansätze, insbesondere für die
Abschreibungen und die Auflösung von Sonderposten, konnten im Grund-
haushalt nur nach dem damaligen, unvollständigen Stand berücksichtigt wer-
den. Mittlerweile ist die Eröffnungsbilanz (zumindest hinsichtlich des Anlage-
vermögens und der Sonderposten) vollständig. Die sich daraus ergebenden
Veränderungen sind ebenfalls im jetzt vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

Durch die höheren Abschreibungen (für die Jahre 2010 und 2011 zusammen
ca. 900.000 €) wird der Ergebnisplan belastet.

Eigenkapital 285,5 Mio €
Gökningsbilanz

Darüber hinaus haben sich durch die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung und den
jetzt vorliegenden Haushaltserlass Veränderungen ergeben. Insbesondere die gerin-
geren Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer ab 2011 und die aufgrund der

mittlerweile feststehende Finanzkraft zum 30.06.2010 deutlich höheren Umlagebelastungen in 2011 belasten den Ergebnisplan und den Finanzplan erheblich (für 2011: Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ca. – 1,0 Mio €, Umlageerhöhung ca. 2,5 Mio €).

Nicht zuletzt liegen Beschlüsse der Fachausschüsse vor, die in diesem Nachtragshaushalt realisiert werden müssen, insbesondere neue Investitionen und die Notwendigkeit neuer Stellen im Bereich Kinderbetreuung. Allein durch die Beschlüsse im Bereich Kinderbetreuung ergeben sich netto (d.h. nach Abzug erwarteter Mehrerträge) folgende Erhöhungen der laufenden Aufwendungen:

2010: ca. 300.000 €

2011: ca. 650.000 €

2012: ca. 1.000.000 €

2013 und folgende: ca. 900.000 €.

Darüber hinaus ein zusätzliches Investitionsvolumen von ca. 5,0 Mio €.

Die weiteren wesentlichen Änderungen sowie die Rahmendaten dieses Entwurfs sind in der Vorlage genannt.

Neben der bereits erwähnten Stellungnahme zum RPA- Bericht finden Sie auf den Tischen eine Veränderungsliste zum vorgelegten Entwurf; Herr Syttkus wird die darin enthaltenen Änderungen gleich erläutern.

Ebenso liegt eine Neufassung des Stellenplans vor, die zum einen, die der Vorlage zum Stellenplan beigefügte Veränderungsliste berücksichtigt und zum anderen die nach GemHVO-Doppik vorgeschriebene neue Gliederung nach Teilplänen beinhaltet.

Ich möchte an dieser Stelle auf einige wesentliche Punkte eingehen, die aus meiner Sicht im Zusammenhang mit diesem Nachtrag wichtig sind:

1. Der Nachtragsentwurf ist weiterhin ausgeglichen

Dieses ist aber nur möglich, da in letzter Zeit einige äußerst positive Meßbescheide der Finanzämter zur Gewerbesteuer eingegangen sind. Natürlich ist diese Entwicklung sehr positiv; ich hatte in der Finanzplanung für die Jahre ab 2011 bereits im Grundhaushalt deutliche Steigerungen des Gewerbesteueraufkommens prognostiziert. Aber auch im Positiven zeigt sich, dass die Ge-

werbesteuer als eine der wichtigsten Einnahmequellen, sehr schwankend und damit sehr schwer kalkulierbar ist. Ich muss daher an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch Rückschritte nicht auszuschliessen sind. Der jetzige Ansatz von 54,0 Mio ist nach dem jetzigen Erkenntnisstand realistisch; die weitere Entwicklung bleibt jedoch abzuwarten.

2. Erhöhung der Kreisumlagen

Die drastische Erhöhung der Ansätze für die Umlagen in 2011 basiert auf dem „noch“ geltenden Hebesatz für die allgemeine Kreisumlage sowie dem „noch“ geltenden Schwellenwert für die Zusatzkreisumlage.

Sie alle wissen, dass der Kreis im Zusammenhang mit den dortigen Haushaltsberatungen 2011 sowohl eine Erhöhung des Hebesatzes als auch eine Absenkung des Schwellenwertes plant.

Ich hatte bereits in der letzten Sitzung die Auswirkungen erläutert: eine Anhebung des Hebesatzes bedeutet für unseren Haushalt je Prozentpunkt eine zusätzliche Belastung von ca. 700.000 €, die Absenkung des Schwellenwertes wirkt sich noch drastischer aus:

2011: ca. 1,7 Mio €

2012: ca. 2,5 Mio €

2013: ca. 1,2 Mio €

2014: ca. 2,0 Mio €

Gesamt: ca. 7,4 Mio €

Jede Erhöhung des Hebesatzes sowie eine Absenkung des Schwellenwertes führen dazu, dass der Haushalt der Stadt Norderstedt nicht mehr ausgeglichen werden kann und machen damit einen weiteren Nachtragshaushalt erforderlich.

3. Erhebliche Investitionen, insbesondere 2010/2011

Am Ende der Vorlage sind die wesentlichen Rahmendaten des Finanzplans im investiven Bereich dargestellt; Ich möchte in diesem Zusammenhang noch mal darauf hinweisen, dass dieser Haushalt (einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung) ein aus meiner Sicht beachtliches Norderstedter Konjunkturprogramm darstellt. Für eine Stadt unserer Größenordnung ist ein Investitionsvolumen von insgesamt über 110 Mio € schon bemerkenswert. Natürlich kann ein solches Volumen nicht „bar bezahlt“ werden. Ich halte es trotzdem

für richtig, diese Investitionen wie geplant durchzuführen. Auch hierdurch wird der sich deutlich abzeichnende Aufschwung gestärkt.

Ich bitte Sie daher dem vorgelegten Entwurf zuzustimmen.

Abschließend möchte ich einen Hinweis geben, den ich bereits bei den abschließenden Beratungen zum Grundhaushalt ins Gespräch gebracht habe:

Spätestens nach der zu erwartenden Erhöhung der Kreisumlage ist der Haushalt der Stadt, trotz einer Erholung der Gewerbesteuer, nicht mehr auszugleichen. Neben der laufenden Überprüfung der Aufwendungen (alle Haushalte der vergangenen Jahre waren „Sparhaushalte“) muss meines Erachtens auch über eine dauerhafte Verbesserung der Erträge diskutiert werden. Die jetzt, m. E. zu Recht, gefassten Beschlüsse zum Ausbau der Kinderbetreuung sind erst der Anfang, hier wird voraussichtlich noch deutlich mehr ausgegeben werden müssen.

Hans-Joachim Grote